Heute „ULK"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel" mit „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 8440—8455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 8; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochannstraße 9; Große Frankfurter Straße 197; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Bodstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 144
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Freitag, 26. März 1926

Das Steuerkompromiß gesichert.

Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Wirtschaftliche Vereinigung stimmen zu.

Dienstag Annahme des Gesetzes.

Die Steuersenkungen treten am 1. April in Kraft.

Die Verhandlungen über das Steuerkompromiß wurden gestern abend um 8 Uhr abgeschlossen und führten zu einer Verständigung. Nachdem die Sozialdemokraten mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und den Vertretern der Regierungsparteien bis ½7 Uhr verhandelt hatten, begannen die Beratungen mit den deutschnationalen Vertretern, an denen zum Teil auch Reichskanzler Dr. Luther teilnahm.

Es bleibt bei dem ursprünglich geplanten Kompromiß insofern, als **die Umsatzsteuer auf 0,75 Prozent festgesetzt** werden soll, also gegen den bisherigen Zustand eine Senkung um 25 Prozent erfolgt. In dem Programm der zukünftigen Steuersenkungen ist auch **eine Senkung der Hauszinssteuer in Aussicht genommen.** Die Hauszinssteuer wurde bekanntlich gerade von den Demokraten stets als hart und ungerecht bekämpft. Jetzt will man zunächst eine Art Sperrgesetz in der Weise schaffen, **daß eine Erhöhung der Mieten über 100 Prozent der Friedensmiete nicht vor dem 1. April 1927 erfolgen darf.** Bekanntlich soll mit dem 1. Juli 1926 die Erhöhung auf 100 Prozent des Friedenssatzes erfolgen.

Völlig aufgehoben wird die Luxussteuer, ferner auch die Weinsteuer und die Salzsteuer. Die Fusionssteuer soll entsprechend den letzten Anträgen der Regierungsparteien gesenkt werden. Ebenso ist eine Degression der Vermögenssteuer für die Vermögen bis zu 50 000 Mark vorgesehen; doch sollen Zuschläge erhoben werden können, falls durch die Vermögenssteuer nicht 400 Millionen Mark aufgebracht werden. Wesentlich ist, daß den Wünschen der Demokraten auf bessere Berücksichtigung der **mitarbeitenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft** Rechnung getragen werden soll, und zwar in bezug auf die Veranlagung der Einkommensteuer. Das soll durch eine Verordnung der Reichsregierung erfolgen; die Vertreter der Reichsregierung haben bei den gestrigen Verhandlungen ihre Zustimmung gegeben. Der Eigenverbrauch soll nicht mehr der Umsatzsteuer unterliegen. Außerdem wird bestimmt **der Fortfall der Veranlagung der Vermögen für den 31. Dezember 1925 in der Form, daß zum Ausgleich der durchschnittlich eingetretenen Vermögensverminderung für 1926 nur 75 Prozent veranlagt werden.**

Die Erhebung der **Biersteuer** soll bis zum 1. Januar 1927 verschoben werden. Für **Sekt** soll eine Banderolensteuer eingeführt werden, und zwar in Höhe von einer Goldmark pro Flasche. Außerdem eine Banderolensteuer in Höhe von 20 Pfennig pro Flasche für die Fruchtschaumweine. Beide Banderolensteuern sollen ab 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Außerdem ist beabsichtigt, dem Reichstag eine Entschließung vorzulegen, in der die **Ermäßigung der Zuckersteuer für die Zukunft in Aussicht genommen ist,** falls der ausfallende Betrag durch eine günstigere Ausgestaltung des Branntweinmonopols gedeckt werden kann. Die **Unterstützungsberechtigung** der ausgesteuerten Erwerbslosen soll um dreizehn Wochen **auf 39 Wochen verlängert** werden. Ferner sind noch Bestimmungen in Aussicht genommen, welche den ausgesteuerten Erwerbslosen den Wiedereintritt in die Unterstützungsberechtigung überhaupt ermöglichen sollen.

Während der Verhandlungen der Regierungsvertreter und der Vertreter der Regierungsparteien mit den Deutschnationalen trat die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** zu einer Sitzung zusammen. **Nach verhältnismäßig kurzer Beratung erklärte sich die Fraktion mit dem Kompromiß in der oben wiedergegebenen Form grundsätzlich einverstanden. Auch die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung sagten ihre Zustimmung zu.** Die **Deutschnationalen** erklären sich zwar nicht endgültig für die Zustimmung, ließen aber deutlich erkennen, daß sie dem Kompromiß in dieser Form keine Schwierigkeiten machen werden.

Um 9 Uhr **trat dann der Steuerausschuß zu seiner Nachtsitzung zusammen.** In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Spezialdebatte im Steuerausschuß am heutigen Freitag zu Ende geführt werden kann. Die Steuerkompromißvorlage würde dann am morgigen Sonnabend dem Reichstag zugehen können. Die zweite Lesung könnte am Montag nächster Woche stattfinden. **Falls kein Widerspruch erfolgt, könnte dann das Steuerkompromiß am Dienstag verabschiedet werden.** Sollten aber die radikalen Oppositionsparteien Widerspruch aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen erheben, so müßte noch am Mittwoch nächster Woche zur endgültigen Verabschiedung eine Sitzung des Reichstags stattfinden. Jedenfalls ist aber damit zu rechnen, **daß die Steuersenkungen, so wie das Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und mit ihm die Regierungsparteien, vor allem die Demokraten, gewünscht hatten, noch zum 1. April in Kraft treten werden.** (Siehe auch Seite 3.)

Volksparteiler gegen Stresemann.

Eine unmögliche Fraktion.

Die Deutsche Volkspartei stimmt im Landtag mit den Kommunisten gegen die Völkerbunds- und Locarno-Politik des Kabinetts Luther—Stresemann.

Im preußischen Landtag hat sich gestern nachmittag ein bemerkenswerter Vorgang abgespielt. Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht (Antrag Pieck): Der Landtag soll dem preußischen Staatsministerium das Vertrauen entziehen. Und zwar aus zwei Gründen: einmal, weil der Ministerpräsident Braun erklärt hat, daß die preußische Regierung auch fernerhin die von der Reichsregierung betriebene Völkerbunds- und Locarno-Politik unterstützen will, und weiterhin, weil die preußische Regierung den Hohenzollern monatlich 50 000 Mark Rente zahlt und die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht mitmachen will. Ueber diesen Antrag wurde gestern nachmittag abgestimmt. Er wurde abgelehnt, und zwar mit 196 gegen 183 Stimmen. Bei vier Stimmenthaltungen. Für den Antrag der Kommunisten stimmten natürlich die Deutschnationalen. Sie machen jeden Unsinn mit, wenn es eine Regierung zu stürzen gilt. Für den Antrag stimmte aber auch, unter der Führung des Herrn v. Campe, die preußische Fraktion der Deutschen Volkspartei. Nur vier ihrer Mitglieder, darunter Herr v. Richter und Professor Leidig, enthielten sich der Stimme. Diese Stellungnahme ist selbst für diese Fraktion ein starkes Stück. Also, weil der preußische Ministerpräsident Braun die von dem volksparteilichen Führer Stresemann betriebene Locarno-Politik unterstützt, und weil die preußische Regierung das von der Volkspartei betriebene Fürstenkompromiß nicht bekämpft, spricht die volksparteiliche Fraktion der preußischen Regierung ihr Mißtrauen aus! Die Abstimmung rief begreiflicherweise im Hause große Sensation hervor.

*

Da man diesen Vorgang für einen verfrühten Aprilscherz halten könnte, sei hier der Wortlaut des **kommunistischen Antrags Pieck** abgedruckt, für den die beiden Rechtsparteien gestimmt haben: „Nachdem der Ministerpräsident in seiner Etatrede ausdrücklich erklärt hat, daß das preußische Staatsministerium auch fernerhin die von der Reichsregierung betriebene Völkerbunds- und Locarnopolitik unterstützen will und er demzufolge nicht bereit ist, den von der kommunistischen Fraktion in dem Entschließungsantrage auf Drucksache Nr. 2846 geforderten Ersuchen stattzugeben, wonach das Staatsministerium die Reichsregierung zum Rücktritt von den Locarno-Verträgen veranlassen soll, macht sich der Ministerpräsident und mit ihm das Staatsministerium weiter mitschuldig an einer Politik und an Verträgen, die 1. Deutschland bindende Kriegsdienstverpflichtungen zugunsten der imperialistischen Mächte auferlegen und damit die werktätigen Massen Deutschlands als Kanonenfutter an diese Mächte verschachern, 2. infolge der wachsenden imperialistischen Gegensätze die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören, 3. ein enges Bündnis mit dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat außerordentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Da ferner das preußische Staatsministerium nicht nur den Hohenzollern auch jetzt noch monatlich 50 000 Goldmark als Rente zahlt, sondern darüber hinaus bereit ist, den Hohenzollern ungeheuren Grund- und Gebäudebesitz auszuliefern, obgleich die übergroße Mehrheit der Werktätigen sich bereits im Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten entschieden hat, andererseits aber das Staatsministerium jede ernste Maßnahme zur Behebung der ungeheuren Not der Erwerbslosen unterläßt und dementsprechende Anträge bekämpft und dadurch wie auch durch seine Zustimmung zu der von der Reichsregierung betriebenen Zoll- und Steuerpolitik, und durch die Erhöhung der Hauszinssteuer zur Steigerung des Massenelends noch in besonderem Maße beiträgt, beantragt die kommunistische Fraktion, der Landtag wolle beschließen: Der Landtag entzieht dem Staatsministerium das Vertrauen."

Der Diktator und der Revolutionär.

Pangalos und Plastiras. — Offiziersspuk in Athen. — Blutige Hände. — Die siegreichen kurzen Röcke. — „Er wetzt das Messer!"

Von unserem Sonderkorrespondenten.

Theodor Berkes.

Saloniki, im März.

Wo steckt er, klang es aus Pangalos' Athener Presse heraus, wo ist er, dieser Revolutionär, der Plastiras? An der griechisch-südslawischen Grenze spürten Pangalos' Polizeischergen umher und fragten nach dem serbischen Mazedonien hinüber, ob man ihn, Nikola Plastiras, nicht irgendwo gesehen. Fürchtet er sich, der heutige Herr von Griechenland, Theodorus Pangalos, vor dem alten Freunde? Vor ihm, mit dem gemeinsam er einst Könige gestürzt, Kronen auf die Athener Gassen geworfen und Minister an die Wand gestellt hatte? . . .

Es ist, als sähe Pangalos schwarze Geisterhände auf weißen Zeitungsbögen. Von Pangalos aus erging das Verbot an die Athener Presse, Plastiras' Namen zu nennen und des Revolutionärs Schatten zu zitieren. Den Schatten eines Geistes, der energische und — blutige Hände hat. Die Geschichte von drei schauerlich turbulenten Jahren gründet in ihm, diesem Plastiras. Ein Thessalier. Noch jung. 42. Er war in den beiden Balkankriegen dabeigewesen. War einer der ersten auch gewesen, als Venizelos im Jahre sechzehn in Saloniki die Fahne des Aufstandes entrollt. 1918 Oberst. Dann die Kämpfe in Kleinasien gegen die Türken. Zusammenbruch, vernichtender Zusammenbruch am Sakaria. Die ganze griechische Armee zerfloß. Und nur er, Plastiras, hatte sein Regiment zusammenhalten können. Hatte es auf die Insel Kios geführt. Das war am 2. September 1922 gewesen. Am 11. September war er schon wieder aktionsfähig. Blutrot stieg die Revolution über Athen herauf, die er, Plastiras, mit dem Obersten Gonatas und dem Marinekapitän Fokas angezettelt hatte. Vier Tage später zog er, der „Chef der Revolution", in Athen ein. König Konstantin war wieder einmal vertrieben worden. Die konstantinistischen Minister verhaftet. Im November wurde Plastiras Regierungschef. Das „Revolutionäre Gericht" tagte. Er unterschrieb die Todesurteile. Und ohne auf den doch immerhin mächtigen englischen Gesandten etwas zu geben, der mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, ließ er Gunaris, Protopapadokis, Stratos, Theodokis, Baltadjis und den Generalissimus Hadjanestis an die Wand stellen. . . .

Im Revolutionskomitee und im Revolutionären Gerichte hatte damals auch Pangalos mitgesessen. Pangalos' Hand war dabei nicht unblutig geblieben. Er und General Kondilis und der Admiral Hadjikirjakos hatten Plastiras dann auch geholfen, den Prinzen Andreas, den Bruder des Königs Konstantin, und später auch den König selbst, Georg, aus dem Lande zu jagen. Und dieses vierblättrige Kleeblatt hatte sich auch zusammengetan, als im Oktober 1923 als Reaktion gegen die blutigen Revolutionäre der monarchistische Aufstand des Generals Leonardopulos und Gargalidis und Siras heraufgestiegen war. — Hatte Plastiras genug von diesem Handwerk? Am 16. Dezember 1923 schrieb er Wahlen für eine Konstituante aus — und ging. Tuberkulös wie er war — zur Heilung in die Schweiz. Die dankbare Nationalversammlung ernannte ihn zum Divisionsgeneral. . . .

Inzwischen hatte sich manches in Griechenland ereignet. Venizelos war gekommen. Und schon wieder gegangen. Es hatte ein Jahr gegeben, wo man sieben Regierungen in Griechenland gezählt hatte und hundertundfünfzig Minister. Nur Mihalakopulos, der Kasuistiker, hatte sich, eine Sensation, ganze sechs Monate gehalten. So lange, als er nicht gegen den spitzen Stachel der herrischen Militärliga geleckt. Als er das dann tat und als er sich gar mit Polizeiagenten an Pangalos hatte vergreifen wollen, schwankte seine Position. Es hub die Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1925 an, und Mihalakopulos war gewesen. Pangalos war gekommen. Zuerst mit einem fadenscheinigen parlamentarischen Mäntelchen. Das Schwert noch unter diesem Mäntelchen versteckt. Dann aber gleich mit dem Pallasch und mit ordentlichen Kürassierstiefeln. Das Parlament war längst nach Hause geschickt. Er löste es schließlich auf. Wie? Militär hätte nicht in die Politik hineinzureden? Er dekretierte: „Die Armee hat nicht nur das Recht, sie hat sogar die Pflicht, sich in die politischen Dinge einzumischen" . . .

Billige Revolutionslorbeeren locken, und wer einmal Macht geleckt hat, der will sie immer wieder haben. Plastiras hatte es nicht allzulang im Auslande ausgehalten. Geheilt, war er im Anfang des Jahres 1925 in sein thessalonisches Dorf Karditz zurückgekehrt. Und bald war er dann auch wieder in Athen aufgetaucht. Konspirierte. Pangalos forderte ihn auf, sich zu entfernen. Er versteckte sich. Lange. Die Jagd nach ihm ging los. Schließlich über Dächer. Er wurde festgenommen und mit einem Torpedoboot nach Italien gebracht. Von dort ging er nach der Schweiz. Später nach Frankreich, wo er mit Venizelos zusammengewesen sein soll. Er war schon wieder mittendrin im politischen Treiben.

Pangalos fürchtete in seinem Diktatorsein nur einen. Diesen Plastiras. Er wußte von ihm, daß er nicht weich